

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 13.05.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:00 - 19:15 Uhr
Ende: 19:46 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Tanja Orlowski
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler
Herr Birol Keskin als Vertretung für Herrn Kollmeier, bis 17:13 Uhr
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Adele Gerdes als Vertretung für Herrn Hood
Frau Sarah Laukötter
Herr Janko Spieker
Frau Ruth Wegner als Vertretung für Frau Mamerow

FDP

Herr Nick Focke

Die PARTEI

Herr Christian Loth bis 19 Uhr

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic Intergrationsrat
Frau Iris Huber Seniorenrat
Herr Daniel Müller Psychiatriebeirat, ab 17:50 Uhr

Stellvertretende beratende Mitglieder

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Kai Wittler Beirat für Behindertenfragen,
als Vertretung für Herrn Winkelmann

Verwaltung

Herr Martin Adamski Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron Büro für Sozialplanung
Frau Nora Kristin Gäbel Büro für Sozialplanung, zu TOP 9
Frau Julia Harmsen Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Michael Kokemor Amt für soziale Leistungen – Sozialamt, zu TOP 10
Frau Gisela Krutwage Amt für soziale Leistungen -Sozialamt -
Herr Simon Löwenstein CDU-Fraktionsreferent
Herr Ingo Nürnberger Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Matthias Queste Amt für soziale Leistungen – Sozialamt, zu TOP 9
Herr Sören Wiebusch Stab Dezernat 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann Amt für soziale Leistungen -Sozialamt -

Gäste

Frau Fuhrmann Ombudsperson nach § 16 WTG
Frau Meinert Jobcenter ArbeitPlus Bielefeld für die Jugendberufsagentur
Herr Ulrich Paus AGW, bis 18: 20 Uhr

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zwischen der CDU und der SPD bestehe für die Sitzung eine Pairing-Vereinbarung.

Vorsitzende Frau Gorsler teilt zur **Tagesordnung** mit, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung im Gremieninformationsportal eingestellt seien. **Zu TOP 8** „Neufassung der Satzung des Psychiatriebeirates“ liege eine **Nachtragsvorlage** (Drucks.-Nr. 9682/2020-2025/1) als Tischvorlage vor. Die fortlaufende Nummerierung der Tagesordnungspunkte sei ab TOP 11 korrigiert, TOP 11.3 „Ausbildungsreport 2024“ werde zu TOP 12, die Nummern der folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Nach Versand der Einladung seien fristgerecht noch zwei Anfragen eingegangen:

TOP 3.5 Anfrage der Fraktion Die Linke zur sog. „Wohnkostenlücke“ bei Bürgergeld, Hilfe zum Lebensunterhalt vom 03.05.2025, Drucks.-Nr. 10115/2020-2025,

TOP 3.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur geplanten Diamorphinpraxis an der Nahariya-Straße vom 06.05.2025, Drucks.-Nr. 10121/2020-2025.

Herr Copertino stellt für die CDU den Antrag, den TOP 6 „Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand“ mit der Drucks.-Nr. 9442/2020-2025 auf eine 3. Lesung in der folgenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses zu vertagen. In der gestrigen Fraktionssitzung der CDU sei eine Stellungnahme der Polizeipräsidentin Bielefeld und der SOKO Innenstadt in Aussicht gestellt worden, die seine Fraktion für ihre Entscheidungsfindung abwarten wolle. In der heutigen Sitzung sähe sich die CDU gezwungen, gegen die Vorlage zu stimmen. Die Vertagung des unterstützenden Beschlusses halte die Verwaltung nicht davon ab, die Vorhaben im Hintergrund weiterzuentwickeln. Frau Gorsler teilt mit, dass die Koalition dem Antrag beitrete, um einen Beschluss mit breiter Mehrheit zu ermöglichen, die Vorlage inhaltlich aber unterstütze, weil sie der Konzeption der mit der Polizei und anderen Gremien getroffenen Vereinbarung entspreche und diese weiterentwickle.

Herr Gugat bittet um die 1. Lesung des TOP 15 „Stadttaubenregulierung“, um der Verwaltung Gelegenheit für weitere Gespräche mit dem Tierschutzverein zu geben.

Herr Adamski erläutert, dass für die Umsetzung der beauftragten Maßnahmen die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel habe abgewartet werden müssen. Die Gespräche mit dem Tierschutzverein fänden im jetzt startenden Prozess statt.

Frau Gorsler fasst die Debatte dahingehend zusammen, dass es sich bei der Drucks.-Nr. 9941/2020-2025 zu TOP 15.1 um eine Informationsvorlage handele, dass eine 1. Lesung des Tagesordnungspunktes nicht zielführend sei und der Antrag hierauf von der Mehrheit der Anwesenden nicht unterstützt werde.

Frau Wegner fragt, ob die Möglichkeit bestehe, unter TOP 6 „Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand“ die Errichtung eines Witterungsschutzes an der Tüte und auf dem Kesselbrink separat zu beraten und zu beschließen. Herr Copertino weist darauf hin, dass der Vertagung als Ganzes zugestimmt worden sei. Frau Gorsler bestätigt, dass es keine Einwände gegen die Vertagung gegeben habe und eine Beratung in der heutigen Sitzung nicht erfolge.

Es gibt keine Einwände zur geänderten Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.03.2025

Herr Loth weist darauf hin, dass er vor Ende der Sitzung am 11.03.2025 gegangen sei.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.03.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Schuldnerberatung – Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2025

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

mdl. Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 07.05.2025

Vorsitzende Frau Gorsler informiert über die öffentliche Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 07.05.2025. Themen waren u.a. die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, die Aktualisierung des Kommunalen Pandemieplanes, Hebammen als Multiplikatoren in der Frauengesundheit, die humanitäre gynäkologische Sprechstunde sowie der Hitzeaktionsplan.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Notschlafstelle für Wohnungslose im kommenden Winter 2025/2026 (Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.04.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10010/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Kinderarztpraxis Wozniak - Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.03.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9914/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Finanzierung der 60+ - Tickets, sog. Silber-Abos - Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28.02.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9716/2020-2025

Frau Beier merkt an, dass die Finanzierung des sog. „Silber-Abo“ und des Sozialtickets unterschiedlich gehandhabt werde. Das sei ihrer Ansicht nach weiterhin nicht zufriedenstellend begründet.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Stellenbesetzung Arzt-Lotse/Manager (Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.04.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10011/2020-2025

Frau Harmsen ergänzt, dass die Stelle zwischenzeitlich ausgeschrieben werden konnte mit einer Bewerbungsfrist bis 25. Mai 2025.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.5

Anfrage der Fraktion Die Linke zur sog. „Wohnkostenlücke“ bei Bürgergeld, Hilfe zum Lebensunterhalt vom 03.05.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10115/2020-2025

Frau Beier vermisst ausreichendes Problembewusstsein für dieses Thema und die Darstellung von Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung der sog. „Wohnkostenlücke“. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass in Bielefeld die Anzahl der betroffenen Haushalte im NRW-weiten Vergleich unterdurchschnittlich sei. Dies führe statistisch zu einem höheren durchschnittlichen Betrag je Einzelfall. Die nächste Aktualisierung des schlüssigen Konzeptes erfolge 2026.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.6

Anfrage der CDU-Fraktion zur geplanten Diamorphinpraxis an der Nahariya-Straße vom 06.05.2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10121/2020-2025

Herr Copertino berichtet, dass er aktuell eine Einladung der Diamorphin-Praxis zum Tag der offenen Tür am Freitag, den 16. Mai 2025 erhalten habe.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Erhöhung der Schwerbehindertenquote der bei der Stadt Bielefeld Beschäftigten auf 10% (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 12.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 9707/2020-2025/1 und 10253/2020-2025 Änderungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 13.05.2025

Frau Weißenfeld unterstützt das Anliegen des Beirates für Behindertenfragen. Kritisch sehe sie allerdings in Anbetracht der Entwicklung der letzten Jahre die Festschreibung der 10%-Marke. Vielmehr müsse das Ziel sein, nicht unter die Pflichtquote von 5 % zu geraten und alles dafür zu tun, dass die Quote wieder steige.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke hätten daher einen Änderungsantrag formuliert.

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Gesamtstrategie zur Personalgewinnung der Stadt Bielefeld Maßnahmen zu erarbeiten, die explizit die Erhöhung der Schwerbehindertenquote auf das bisherige Höchstniveau (8%) zum Ziel haben. Hierzu soll regelmäßig im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Beirat für Behindertenfragen berichtet werden, erstmals zur jeweils ersten Sitzung der kommenden Wahlperiode.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld aktuell ca. 1 % über der Pflichtquote von 5 % liege und bereits eine Quote von 8 % ein extrem ehrgeiziges Ziel sei. In den letzten drei Jahren konnte bei den Neueinstellungen die Quote der Menschen mit Schwerbehinderung wieder auf 6 % erhöht werden. Dies zeige die Sensibilität und Offenheit für das Thema.

Auf die Frage von Frau Rammert antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass bei einer Unterschreitung der Pflichtquote Ausgleichszahlungen fällig würden. Der Anspruch der Stadt Bielefeld sei jedoch, die gesetzlichen Pflichten zu erfüllen.

Herr Gugat fragt nach best-practice-Beispielen und einem interkommunalen Vergleich der Schwerbehindertenquote.

Herr Copertino teilt mit, dass die CDU- Fraktion dem Antrag der Koalition beitreten könne. Auch dem ursprünglichen Beschlussvorschlag hätte sie zugestimmt. Die Erfüllung der Schwerbehindertenquote hänge von der Bewerberlage ab.

Herr Wittler weist auf die Zuschüsse für die technische Ausrüstung von Arbeitsplätzen schwerbehinderter Menschen hin. Der nun vorgeschlagenen Formulierung könne er auch zustimmen. Dem Beirat für Behindertenfragen gehe es darum, dass die Stadt Bielefeld weiterhin als behindertenfreundliche Arbeitgeberin wahrgenommen werde.

Nach Abschluss der Aussprache lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den Änderungsantrag abstimmen.

Erhöhung der Schwerbehindertenquote bei der Stadt Bielefeld - Änderungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 13.05.2025

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Gesamtstrategie zur Personalgewinnung der Stadt Bielefeld Maßnahmen zu erarbeiten, die explizit die Erhöhung der Schwerbehindertenquote auf das bisherige Höchstniveau (8%) zum Ziel haben. Hierzu soll regelmäßig im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Beirat für Behindertenfragen berichtet werden, erstmals zur jeweils ersten Sitzung der kommenden Wahlperiode.

- einstimmig beschlossen -

Nach der Beratung und Beschlussfassung des Änderungsantrages lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den entsprechend geänderten Beschlussvorschlag der Drucks.-Nr. 9707/2020-2025/1 abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Gesamtstrategie zur Personalgewinnung der Stadt Bielefeld Maßnahmen zu erarbeiten, die explizit die Erhöhung der Schwerbehindertenquote auf das bisherige Höchstniveau (8%) zum Ziel haben. Hierzu soll regelmäßig im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Beirat für Behindertenfragen berichtet werden, erstmals zur jeweils ersten Sitzung der kommenden Wahlperiode.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Projekt Erfahrungswissen für Initiativen - EFI (Beschluss des Seniorenrates vom 19.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9534/2020-2025/1

Frau Huber informiert über das Projekt EFI und begründet den Antrag des Seniorenrates.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, von den zur Verfügung stehenden Projektmitteln für die offene Seniorenarbeit i.H.v. aktuell 15.000 € im Haushaltsjahr 2025/2026 für die Finanzierung des Projektes EFI 10.000 € einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Verkaufsverbot von "Lachgas"

Zu Punkt 5.1 Änderungsantrag von Herrn Gugat [Einzelvertreter LiB] zur Drucks.-Nr. 9936/2020-2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9962/2020-2025

Herr Gugat begründet seinen Antrag und bittet um Zustimmung.

Bezugnehmend auf die Wortbeiträge von Herrn Fluhme, Herrn Kuhlmann und Frau Laukötter informiert Erster Beigeordneter Herr Nürnberger über die Präventionsangebote, die Erkenntnisse der Suchthilfe und den sich daraus ergebenden weiteren Planungen. Seine Präsentation steht als **Anlage 1** zu TOP 5 der 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Frau Weißenfeld hält den Ergänzungsantrag für verzichtbar.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über den Änderungsantrag von Herrn Gugat vom 08.04.2025 abstimmen.

Text des Ergänzungsantrags:

6. Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, ein Konzept für eine umfassende Aufklärungs- und Informationskampagne über die Risiken des Konsums von Lachgas zu entwickeln. Zielgruppen dieser Kampagne sollen insbesondere Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sowie Eltern und pädagogisches Fachpersonal sein. Zudem soll ein niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfeangebot zum Thema Lachgas geschaffen bzw. in bestehende Strukturen der Drogenhilfe und -beratung integriert werden.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid („Lachgas“) an Minderjährige im Gebiet der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9967/2020-2025

Frau Rammert fragt nach ersten Reaktionen der Verkaufsstellen und Herr Kuhlmann danach, ob die Höhe der Geldbuße mit dem Rechtsamt abgestimmt sei.

Beigeordneter Herr Adamski antwortet, dass die vorliegende Verordnung auf der empfohlenen Mustervorlage des NRW-Städtetages basiere und mit dem Rechtsamt formal abgestimmt worden sei.

Frau Weißenfeld dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung der Beschlüsse und regt an, nach einem Jahr die Höhe der Geldbuße zu

überprüfen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, die anliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid („Lachgas“) an Minderjährige im Gebiet der Stadt Bielefeld“ zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9442/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9442/2020-2025 in **zweiter Lesung** zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 7

Cannabis - Modellprojekte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10054/2020-2025 und 10229/2020-2025 (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 13.05.2025)

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 10054/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 13.05.2025:

Herr Fluhme bringt den Antragstext ein und begründet ihn. Ziel solle der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung sein.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen drei Akteuren in Gespräche über ein Cannabis-Forschungsprojekt in Bielefeld zu gehen. Ziel der Gespräche soll der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit einem der drei Akteure sein. Die Kooperationsvereinbarung soll möglichst alle in der Vorlage erwähnten Aspekte beinhalten. Über die Ergebnisse soll in der kommenden SGA-Sitzung berichtet werden.

Frau Beier unterstützt dieses Vorgehen. Sie sieht sich zu einer Entscheidung aufgrund der vorliegenden Projektskizzen heute nicht imstande.

Herr Copertino merkt an, dass die CDU-Fraktion dieses Thema weiterhin kritisch sehe und dem Antrag daher nicht beigetreten sei. Er halte die Richtung der Teillegalisierung durch das Konsumcannabisgesetz für falsch.

Frau Laukötter verspricht sich durch die wissenschaftlich begleiteten Modellprojekte eine inhaltliche Weiterentwicklung des Konsumcannabisgesetzes und der damit verfolgten Ziele.

Herr Dr. Sander schließt sich der Kritik von Herrn Copertino am Konsumcannabisgesetz an und begründet seine Ablehnung des Koalitions-Antrages.

Abschließend lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den Antrag mit der Drucks.-Nr. 10229/2020-2025 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen drei Akteuren in Gespräche über ein Cannabis-Forschungsprojekt in Bielefeld zu gehen. Ziel der Gespräche soll der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit einem der drei Akteure sein. Die Kooperationsvereinbarung soll möglichst alle in der Vorlage erwähnten Aspekte beinhalten. Über die Ergebnisse soll in der kommenden SGA-Sitzung berichtet werden.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Neufassung der Satzung des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9682/2020-2025/1

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Die Satzung des Psychiatriebeirates (Anlage 1) wird mit der Ergänzung zu Ziffer 1. und den Änderungen zu Ziffer 4., Nr. 13. und 15. neu gefasst.**
- 2. Der Psychiatriebeirat tagt öffentlich, die Daten der Mitglieder bleiben bis auf weiteres nichtöffentlich.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Pflegeergänzende Strukturen im Bielefelder Modell

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9971/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gäbel und Herrn Queste. Sie führen in die Thematik und die Beschlussvorlage ein. Die dafür verwendete Präsentation steht als **Anlage 2** zu TOP 9 der 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Herr Queste stellt die schwierige Ausgangslage und den Lösungsansatz vor, nach dem für zwei Jahre Präsenzkkräfte im Bielefelder Modell finanziert wurden. Zum Ablauf des Projektzeitraumes am 30.06.2025 gebe es nun den Vorschlag, wie es weitergehen könne. Frau Gäbel erläutert die Erfahrungen und Wirkungen aus dem Projektzeitraum und stellt die Angebote sowie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure dar.

Frau Rammert bestätigt die Bedeutung der Quartiersarbeit für die Menschen vor Ort und bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass die konsensuale Erarbeitung des Beschlussvorschlages konzeptionell und finanziell herausfordernd gewesen sei. Er halte dieses gute Versorgungsangebot für eine große Errungenschaft.

Frau Wegner würdigt die wertvolle Arbeit der Präsenzkkräfte und dankt besonders für die Unterstützung der Ehrenamtlichen. Vorsitzende Frau Gorsler schließt sich dem Dank an und nennt das Bielefelder Modell ein Leuchtturmprojekt. Die Abstimmung ergibt folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Die Sicherung und Weiterentwicklung der pflegeergänzenden Strukturen an 10 Standorten des Bielefelders Modell (Präsenzkkräfte) wird über den Projektzeitraum hinaus bis zum 31.12.2025 weiterfinanziert. Die dafür ab 01.07.2025 notwendigen Mittel in Höhe von 30.000 € pro Standort werden durch die BGW mit 5.000 € und die Stadt Bielefeld mit 25.000 € bereitgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ab 2026 die Förderung der Präsenzkkräfte in Abstimmung mit den Kooperationspartnern im Bielefelder Modell in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen als ein Element der Senior*innenarbeit zu überführen. Dabei soll der finanzielle Rahmen von 30.000 € pro Standort Bestand haben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Handlungsfeld Senior*innenarbeit geförderten Angebote in der kommenden Vertragsperiode inhaltlich stärker miteinander zu verbinden, um die finanziellen Ressourcen durch die

Identifikation und Nutzung von Synergien möglichst effizient und nachhaltig einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde 2023 – 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9963/2020-2025

Als Berichterstatter begrüßt Vorsitzende Frau Gorsler Herrn Kokemor. Dieser stellt den Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde vor. Als Fazit hält er fest, dass die Prüfquote mit 219 Prüfungen in 2 Jahren zu 100 % erfüllt wurde. Die Anzahl der Beschwerdeverfahren sei mit 155 stark angestiegen. Die gute Aufgabenerfüllung lasse sich nur durch das hohe Engagement des Personals erreichen.

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet Herr Kokemor Fragen der Anwesenden.

Herr Paus hebt hervor, dass die Prüfung der WTG-Behörde aus Trägersicht praxisnah und ergebnisorientiert sei, weil sie den Blick der Bewohner bzw. der Nutzer berücksichtige. Er bedankt sich bei Herrn Kokemor persönlich für dessen Engagement.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9963/2020-2025 sowie den Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde 2023-2024 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 11 Ombudsperson für Einrichtungen (§16 WTG)

Zu Punkt 11.1 Bericht der Ombudsperson für Einrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Fuhrmann wird von der Vorsitzenden begrüßt und berichtet aus ihrer Arbeit als bestellte Ombudsperson seit 01.01.2024. Ihre verwendete Präsentation steht als **Anlage 3** zu TOP 11 der 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Die Anwesenden danken ihr für ihre Arbeit und das Engagement und sprechen die Bitte aus, dass Frau Fuhrmann die Aufgabe als Ombudsfrau weiterhin übernehmen wolle.

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Bestellung der Ombudsperson nach § 16 WTG bis zum 31.12.2027

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9996/2020-2025

Beschluss:

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen und des Psychiatriebeirates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss (vorbehaltlich der Empfehlung des Seniorenrates):

Frau Annette Fuhrmann wird weiterhin zur ehrenamtlich tätigen Ombudsperson nach § 16 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) NRW bis zum 31.12.2027 bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Ausbildungsreport 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10043/2020-2025

Es gibt keine Fragen der Anwesenden an Frau Meiner von der Jugendberufsagentur. Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für den vorgelegten Ausbildungsreport.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 10043/2020-2025 sowie den Ausbildungsreport 2024 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler verabschiedet Herrn Paus, der letztmalig an einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses teilnimmt.

--- Pause ---

Die Sitzung wird für eine viertelstündige Pause unterbrochen.

Zu Punkt 13

Vorbereitung der Vertragsperiode ab 2026 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - aktueller Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9911/2020-2025

Erster Beigeordneter Herrn Nürnberger erläutert das weitere Vorgehen: Die vorgelegten Informationen sollten in den kommenden Wochen intern von den Mandatsträger*innen beraten werden. Bei Fragen und für weitere Auskünfte stehe die Verwaltung zur Verfügung. Am 21.05.2025 finde ein Fachgespräch mit den jugendpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen des Jugendhilfeausschusses statt. Rechtzeitig zu den nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses (24. Juni) und des Jugendhilfeausschusses (02. Juli) werde es eine Beschlussvorlage der Verwaltung geben. Bis dahin werde mit einigen Trägern noch gesprochen. Der abschließende Beschluss solle am 10. Juli im Rat gefasst werden. Er könne sich vorstellen, dass eine gemeinsame Sondersitzung notwendig werden könne, diese solle entweder am Tag der JHA-Sitzung am 02. Juli oder vor der Ratssitzung am 10. Juli terminiert werden.

Herr Paus äußert für die AGW die dringende Bitte, dass die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen möglichst fraktionsübergreifend beschlossen werden sollten und nicht Spielball der Politik im Kommunalwahlkampf würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9911/2020 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 14

Aktionsplan Inklusion 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10000/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler lobt die konkreten Ziele und Maßnahmen des Aktionsplanes.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 10000/2020-2025 sowie Aktionsplan Inklusion 2024 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 15 Stadttaubenregulierung

Zu Punkt 15.1 Umsetzung des Konzepts zur Stadttaubenregulierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9941/2020-2025

Es gibt keine Wortmeldungen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9941/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 15.2 Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld (Fütterungsverbot wildlebender Tiere)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9943/2020-2025

Ohne Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld (OBVO) vom 27.06.2008 in der Fassung vom 17.03.2022 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 der OBVO wird folgender Absatz 6 angefügt:

(6) Wildlebende Tiere dürfen in dem im Folgenden beschriebenen Bereich nicht gefüttert werden. Als Füttern im Sinne von Satz 1 gilt auch das Auslegen oder Anbieten von Futter in sonstiger Weise. Das Verbot gilt nicht für Futterplätze, die von der Stadt Bielefeld bzw. im Einverständnis mit der Stadt Bielefeld eingerichtet werden.

Der Bereich ist wie folgt begrenzt:

- Im Osten durch die August-Bebel-Straße;
- Im Süden durch die Detmolder Straße ab August-Bebel-Straße, Kreuzstraße, Adenauerplatz, Johannistal/Auffahrt Ostwestfalendamm;
- Im Westen durch den Ostwestfalendamm bis zur Kreuzung mit der Stapenhorststraße, Stapenhorststraße bis zur Siegfriedstraße, Siegfriedstraße bis Schmiedestraße;

- Im Norden die Schmiedestraße, Ostwestfalendamm bis zur Abfahrt Ernst-Rein-Straße, Ernst-Rein-Straße bis zum Kreisel, Schildescher Straße bis zur Kreuzung mit der Herforder Straße und der August-Bebel-Straße und im weiteren Verlauf die August-Bebel-Straße.

Die genannten Straßenabschnitte gehören in der gesamten Breite inklusive der Gehwege auf beiden Seiten zur Verbotszone. Die Grenze des Bereiches ist in der Anlage 3 dargestellt, die Bestandteil dieser Verordnung ist.

2. § 8 Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

2. den Ge- und Verboten des § 3 zum Halten, Mitführen und Füttern von Tieren zuwiderhandelt;

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.--

Zu Punkt 16

Kommunaler Pandemieplan Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10035/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler informiert über die Anregungen aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz, die bei der nächsten Aktualisierung berücksichtigt werden sollten:

- Erweiterung und Konkretisierung des Kapitels 5 „Information und Kommunikation“ zur Optimierung der Ansprache aller Bevölkerungsgruppen, z.B. Nutzung verschiedener Kommunikationswege, Entwicklung von fremdsprachigen Materialien,
- Konkretisierung des Kapitels 6.3 „Lebensmittel“ im Hinblick auf die Versorgung von Menschen in prekären Lebenslagen (unter Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten Pandemie),
- Stärkere Berücksichtigung der Auswirkungen von Maßnahmen auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen,
- Stärkerer Einbezug der Expertise der niedergelassenen Ärzteschaft und der Krankenhäuser,
- Einbezug der Strukturen der Landesgesundheitskonferenz und der Kommunalen Gesundheitskonferenz sowie weiterer repräsentativer Gremien bei der Entscheidung über Maßnahmen,
- Stärkere Verdeutlichung der Digitalisierung im ÖGD, insbesondere des Meldewesens und der Kontaktverfolgung und
- Schaffung einer geschulten Personalreserve, auf die im Pandemiefall zurückgegriffen werden kann.

Beigeordneter Herr Adamski betont, dass durch den Pandemieplan alle

Akteure eingebunden und ein gemeinsames Vorgehen vereinbart werden solle. Er dankt Herrn Gugat für die konstruktiven Beiträge in der Kommunalen Gesundheitskonferenz und das Verständnis, dass die Änderungsvorschläge erst in die kommende Aktualisierung eingearbeitet würden.

Herr Dr. Sander teilt mit, dass er dem Pandemieplan in vielem zustimme, nicht aber der nachträglichen Bewertung der Corona-Maßnahmen, daher werde er mit „Nein“ stimmen.

Beschluss:

Auf Empfehlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die aktualisierte Fassung des kommunalen Pandemieplans Bielefelds.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

gez.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

gez.

Britta Zimmermann
(Schriftführung)